

06.12.2010

---

AP MAW Montag, 6. Dezember 2010 13:23:00

DEU/Ausländer/Zuwanderung

## Stiftungs-Sachverständigenrat fordert neues Zuwanderungskonzept

Stiftungs-Sachverständigenrat fordert neues  
Zuwanderungskonzept =

Berlin (dapd). Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration hat von der Bundesregierung ein neues Konzept zur gezielten Zuwanderungssteuerung gefordert. Um die zunehmende Auswanderung qualifizierter Arbeitskräfte durch Zuzüge aus dem Ausland auszugleichen, empfahl der Vorsitzende des Expertengremiums, Klaus Bade, am Montag in Berlin eine Reform der bisherigen Zuwanderungsregeln in drei Kernpunkten.

So sollte nach Ansicht des Rats die Mindestgrenze beim Jahreseinkommen, das ausländische Hochqualifizierte für eine Niederlassungserlaubnis benötigen, von jährlich 66.000 Euro auf etwa 40.000 Euro brutto gesenkt werden. Um kleine und mittelständische Unternehmen nicht durch unnötige Verzögerungen zu behindern, müsse die sogenannte Vorrangprüfung bei zunächst temporärer Zuwanderung zudem auf drei Wochen verkürzt werden. Danach werden deutsche Staatsangehörige, EU-Bürger oder Bewerber mit einer Aufenthaltsgenehmigung für Deutschland bevorzugt eingestellt.

Außerdem sollten ausländische Hochschulabsolventen nach Ansicht des SVR stärker zum Verbleib in Deutschland motiviert werden. Die bislang einjährige Frist für die Suche einer angemessenen Tätigkeit nach dem Studienabschluss sei zu kurz und müsse auf zwei Jahre verlängert werden, hieß es. Zudem müsse die Auslegung, was als "angemessene" Tätigkeit gilt, künftig großzügiger gefasst werden.

Um Befürchtungen entgegenzutreten, dass ein Punktesystem für qualifizierte Arbeitskräfte die "Schleusentore für beliebige Zuwanderung" öffnet, sprach sich der Rat für strikte Vergabekriterien aus. So dürfe das Punktesystem zunächst nur für Bereiche mit strukturellem und akutem Fachkräftemangel gelten, wie derzeit Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Im Erfolgsfall könne das System anschließend auf weitere Berufsfelder und Branchen mit anhaltendem Arbeitskräftemangel ausgedehnt werden.